

Der Gesellschaftler

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feiertag“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Pflanz-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise: Monatlich einfl. Trägertlohn 4.1.60; Einzelnummer 10 Pfennig. Erscheint an jedem Freitag. Verbreitete Zeichnung im Oberamtsbezirk. Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Zoller (Jah. Karl Zoller) Nagold, Marktstraße 14



Anzeigenpreise: 1 spaltige Tages-Zeile oberhalb Raum 20 3/4, Familien-Anzeigen 15 3/4, Restameile 60 3/4, Sammel-Anzeigen 50 3/4. Nachschlag - für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Aufträge und Adressen-Anzeigen wird keine Pauschale übernommen.

Telegr.-Adresse: Gesellschaftler Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postl. Kto. Stuttgart 5115

Nr. 278

Gegründet 1827

Freitag, den 27. November 1931

Preisnehmer Nr. 29

105. Jahrgang

Sagespiegel

Der zweite Unterausschuss des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses tritt am Freitag in Berlin zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Aufgabenkreis dieses Unterausschusses erstreckt sich auf die Regelung der Verkehrsfragen.

Minister Severing hat gegen den früheren Oberpräsidenten der Provinz Obersachsen, Winnig, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil Winnig kürzlich, wie wir gemeldet haben, einen Vortrag auf dem nationalsozialistischen Schulungskongress in München gehalten hat. — Winnig ist vor einiger Zeit von der Sozialdemokratie zu den Nationalsozialisten übergetreten.

Im „Braunen Haus“ in Darmstadt fand am Donnerstag eine neuerliche polizeiliche Durchsuchung statt.

Gerichtsschaffner Dr. Best in Wien soll nach Blättermeldungen seit Mittwoch abend nicht mehr aufzufinden sein.

In Paris veranstaltete der Internationale Kongress für die moralische Vorbereitung der Abrüstung eine Kundgebung, an der 600 Vertreter aus 17 Ländern teilnahmen.

Die japanische Botschaftsverordnung leitete mit, daß am 24. November die Zurückziehung der japanischen Truppen von Ihsikar begonnen habe.

Politische Wochenrundschau

Am letzten Montag hatte der Wirtschaftsbeirat seine letzte Sitzung gehalten. Der Reichspräsident selbst hatte den Vorsitz geführt und den Mitgliedern, sowie den Sachverständigen seinen Dank für ihre Arbeit ausgesprochen. Nun sei es an der Reichsregierung, „mit aller Beschleunigung“ ihre Entschlüsse zu fassen. Wir haben also für die nächste Woche die längst fällige „große Wirtschaftsreform“ und damit eine neue Notverordnung größter Stills — vielleicht oder hoffentlich die letzte — zu erwarten. Inzwischen sind die ihr zugrund liegenden „Richtlinien“ bekanntgegeben worden. Sie betreffen Anpassung der Preise an den Weltmarkt, Verringerung der hohen Handelspreise bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Senkung von Zinsen und Gehältern, Senkung des Zinsniveaus, Senkung der Tarife der öffentlichen Unternehmungen (Gas, Elektrizität usw.), Herabsetzung der Mieten, Vorkerbung der Tarifverträge, Bankenorganisationen u. a. m. Jede Maßnahme „inflationären Charakters“ wird entschieden abgelehnt.

Die zu erwartende „große Reform“ soll der Niederschlag der fünfjährigen (vom 20. Okt. bis 23. Nov. dauernden) Zusammenarbeit des Wirtschaftsbeirats sein. Ob sie ganze Arbeit gemacht hat, oder ob das Ergebnis mit allerlei Einschränkungen und Ausnahmen garniert ist, läßt sich heute nicht mit Sicherheit beurteilen. Jedenfalls stößt das Werk schon heute bei der Landwirtschaft und noch mehr bei den freien Gewerkschaften auf starken Widerspruch. Andere reden sich schon von einem „mageren Ergebnis“, von einem Mißerfolg, für den die Autorität des Reichspräsidenten nicht hätte eingesetzt werden sollen u. a. m. Aber auch auf der anderen Seite ist es verfrüht, irgendwelche Vorlaufberichte anzustellen.

Am 20. November abends 6 Uhr ging bei der B3, ein doppelter Antrag der Reichsregierung ein: auf Einberufung des Sonderausschusses, wie er im Youngplan vorgezeichnet ist, sowie auf Einberufung des Stillschaltesausschusses, wie er auf der Londoner Gläubigertagung bezogen durch den Stillschalteteplan in Aussicht genommen wurde. Jener beratende Sonderausschuss, der aus den Präsidenten der sieben Notenbanken der Gläubiger-Staaten und vier von diesen zugewählten Mitgliedern besteht, ist einzuberufen, wenn die deutsche Regierung „zu irgendwelcher Zeit erklärt, daß die Währung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den Transfer der ausschließbaren Jahresleistung ernstlich in Gefahr gebracht werden könnte“. Alles andere — also die „ungeschickte“ Jahresleistung mit 600 Mill. Mark und die Hauptschulden mit 16 langfristigen und 12 kurzfristigen Milliarden — geht ihn nichts an. Wohl wird er bei einer „gründlichen Prüfung“ unserer Leistungsfähigkeit oder besser Leistungsunfähigkeit auch letztere mitberücksichtigen müssen, aber deren Behandlung selbst (Verlängerung der Stundung der Hauptschulden über den 29. Februar hinaus) ist Sache des Stillschaltesausschusses.

Man nimmt nun an, daß schon Ende dieser Woche der Sonderausschuss mit seiner Arbeit beginnt. Etwa Mitte Dezember soll die Regierungskonferenz (in Brüssel oder Paris) zusammenzutreten und anfangs Januar ihren Beschluß fassen, und zwar über einen weiteren Zahlungsausschub über den 1. Juli hinaus, oder über die Schritte, die zu einem neuen dritten Tributplan zu machen sind.

Wir stehen also unmittelbar vor großen Entscheidungen. Daß es zu jenen Anträgen Deutschlands kam, beruht auf den deutsch-französischen Verhandlungen der vorigen Woche. Frankreich hält unter allen Umständen an dem Youngplan fest. Eine etwaige,

nicht mehr zu umgehende Revision soll nur und allein im Rahmen dieses Plans erfolgen. Man kann darüber streiten, wozu man unsere finanzielle und wirtschaftliche Lage noch zu prüfen braucht. Sie liegt doch sonnenklar vor den Augen der ganzen Welt. Aber wenn unsere Gläubiger überflüssigerweise das doch verlangen, nun ja, warum sollen wir uns dann dagegen wehren — trotzdem daß eine solche Prüfung immer eine sehr kostspielige Sache ist. Jedenfalls haben wir sehr oder nie Gelegenheit, ihnen zu sagen, daß wir keinen Tribut mehr zahlen können und wollen. Nur dann gewinnen die Gläubiger unserer kurzfristigen Schulden die Sicherheit, zu ihrem Geld zu kommen. W-r alles will, riskiert nur, daß er am Ende nichts bekommt.

In England hat der in unserer letzten „Wochenschau“ bereits angekündigte Zollkrieg eingeleitet. Das Dumping-Gesch. das mit gewaltiger Mehrheit im

Unterhaufe angenommen worden ist, ermächtigt ja den Handelsminister, alle industriellen Zoll- oder Fertigerzeugnisse zunächst auf die Dauer von 6 Monaten mit einem Zoll bis zu 100 Prozent des Wertes zu belegen. Dies ist bereits geschehen. Zunächst allerdings bis zu 50 Prozent.

Das werden wir in Deutschland gewaltig spüren. War doch England unser bester Kunde, der jährlich für nicht weniger als 1,2 Milliarden in Deutschland kaufte. In der deutschen Ausfuhr nach England nahmen gerade die Fertigerzeugnisse den größten Raum mit rund 1 Milliarde ein. Die Ausfuhr steigerte sich besonders im Oktober und November, weil die englischen Einfuhrfirmen im Vorausblick auf die kommende Zollhöhung sich so schnell und so viel als möglich mit deutschen Waren eindeckten. Das ist nun vorbei, und wir werden recht schmerzhaft eine Stockung junger Leute unserer Handelsbilanz erfahren. Freilich, allwoher war nicht

Das „Hochverrats-Theater“ in Hessen

Bekanntlich wurden am Mittwoch und gestern auf Veranlassung des Oberreichsanwalts Hausdurchsuchungen bei führenden Nationalsozialisten und im Braunen-Haus in Darmstadt abgehalten, die sich gemäß den amtlichen Auslassungen, die auch durch das Radio Verbreitung fanden, „zur vollen Zufriedenheit“ der Untersuchungsbehörden gestalteten.

Der preussische Innenminister Severing und sein hessischer Kollege hatten, wie wir bereits meldeten, dem Oberreichsanwalt ein von angeblich den führenden Nationalsozialisten abgefaßtes Schriftstück überreicht, das überschrieben sei: Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der jetzigen Staatsbehörden und nach Ueberwindung der Kommune. Das Schriftstück enthält u. a. den Befehl an die Bevölkerung, jeder Anordnung der SA, gleich von welchem Dienstgrade er sei, sofort Folge zu leisten. Widerstand werde mit dem Tode bestraft. Alle Schutzpersonen seien binnen 24 Stunden abzuliefern. Wer dann noch im Besitz einer Schutzwaffe betroffen werde, könne ohne Verhören auf der Stelle erschossen werden. Die Todesstrafe werde auch angedroht den Beamten, Angestellten und Arbeitern öffentlicher Behörden, die ihren Dienst nicht weiterführen, sowie denjenigen, die die zu erlassenden Notverordnungen verweigern. In den ersten Notverordnungen solle bestimmt werden, daß alle Lebensmittel an die Führung oder deren Beauftragte auf Anforderung ohne Entgelt abzuliefern seien und jeder Verkauf von Lebensmitteln verboten werde. Verträge hiergegen sollten mit Einziehung des gesamten Vermögens, eventuell auch mit Todesstrafe geahndet werden. Die Durchführung der Volksernährung solle durch Kollektivspeisung und auf Grund von Lebensmittelkarten erfolgen, auf die Lebensmittel ohne Bezahlung geliefert werden sollten.

Ein besonderer Verordnungsentwurf „zur Sicherung des gegenwärtigen Eigentumsstands“ spreche aus, daß die Führung zur Rettung des Lebens der Bevölkerung gezwungen sei, über den gesamten Ertrag des Volkseinkommens und das Vermögen des einzelnen Volksgenossen zu verfügen. Bis zu anderweitiger Regelung gebe es kein Privateinkommen mehr. Dafür werde der gegenwärtige Vermögensstand gesichert durch Verbot von Zwangsvollstreckungen, Hemmung von Verjährungsansprüchen, Aufhebung des Zinsenlaufs für Geldforderungen und den Mietzins usw.

Ein besonderer Verordnungsentwurf behandle die nationale Arbeitsdienstpflicht, die jeden Deutschen (nicht Juden usw.) männlichen und weiblichen Geschlechts vom 16. Lebensjahr betreffe, soweit er nicht bei Behörden diene oder der SA bzw. Landeswehr angehöre.

Das Schreiben Severings an den Oberreichsanwalt führt weiter aus, das Schriftstück sei von dem hessischen Landtagsabgeordneten Dr. Schäfer, der mit der Nationalsozialistischen Partei inzwischen in Zwist geraten sei, dem Reichspräsidenten in Frankfurt a. M. ausgeliefert worden. Vergleichen Schriftproben hätten ergeben, daß Gerichtsschaffner Dr. Best das Schriftstück niedergeschrieben habe. Die Angehörigkeit des Plans sei in der einleitenden Bemerkung, „nach dem Wegfall der jetzigen obersten Staatsbehörden und nach Ueberwindung der Kommune“ zu erblicken.

Falls das Schriftstück echt ist, würde also die Nationalsozialistische Partei mit einem kommunistischen Auffstand rechnen, dessen Blämpfung bzw. Niederschlagung die Aufgabe der Nationalsozialisten wäre. In oder nach diesen Kämpfen wären die gegenwärtigen obersten Staatsbehörden zu beilegen. Es bleibt abzuwarten, ob es sich um eine ernstliche Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens handelt. Das Entwerfen solcher Pläne für einen gegebenen Fall ist an sich nicht strafbar.

Nach einer amtlichen Mitteilung aus Darmstadt ist durch das Ergebnis der Hausdurchsuchungen die Echtheit des Schriftstücks erwiesen und die Aufgabe der Abfassung durch Dr. Best und die anderen genannten Führer bestätigt worden.

Dr. Schäfer, der seit Mittwoch verschwunden ist, soll am Donnerstag nachmittag von der Reichsanwaltschaft in Leipzig vernommen worden sein.

Erklärung des Oberreichsanwalts

Celzig, 26. Nov. Oberreichsanwalt Dr. Werner gab dem Vertreter der Telegraphen-Union über seine Beziehungen zu den Hausdurchsuchungen in Hessen folgende Erklärung:

„Das Vorgehen der Darmstädter Polizei ist nicht auf meine Veranlassung hin geschehen. Wie die Polizeibehörde zur Kenntnis des Verdachts strafbarer Handlungen gelangte, ist hier noch nicht bekannt, wie ich auch über das Ergebnis der bisherigen Ermittlungstätigkeit in Darmstadt amtlich noch nicht unterrichtet bin. Ich hatte gestern eine Unterredung mit dem preussischen Innenminister Severing in Berlin, die auf Einladung des Ministers hin erfolgte und bei der mir das Schriftstück vorgelegt wurde, in dem der Versuch des Hochverrats erblickt wird. Dieses Schriftstück soll von Best herrühren. Dazu gab ich den Rat, als Beweismittel wenigstens die Schreibmaschine des Best zu beschlagnahmen, mit der das Schriftstück hergestellt worden sein soll. Das wird inzwischen geschehen sein. Ich ließ ferner dem preussischen Innenminister raten, seine Absicht, die Presse in großem Ausmaß zu unterrichten, zunächst nicht auszuführen, weil die Untersuchung empfindlich gestört werden könnte, wenn wirklich der Tatbestand des Hochverrats vorläge. Ob das der Fall ist, muß noch geklärt werden. Soweit das Schriftstück Bests als Stütze zur Feststellung des Tatbestandes in Betracht kommt, handelt es sich doch offenbar um Maßnahmen, die sich gegen eine auf Grund der Verfassung geltenden Verfassung im Amt sich befindliche Regierung nicht richten, vielmehr ist vorausgesetzt, daß eine solche legale verfassungsmäßige Regierung (durch einen kommunistischen Auffstand) gestürzt und durch die Herrschaft der „Kommune“ ersetzt ist.“

Erklärung aus München

München, 26. Nov. Hauptmann a. D. Göring, Mitglied des Reichstags, übermittelt der Telegraphen-Union folgende Erklärung:

1. Es ist weder der Reichsleitung, noch der Gauleitung Hessen, noch sonstigen höheren Personen oder Organisationen der NSDAP, das geringste von dem Vorhandensein derartiger Schriftstücke bekannt gewesen. Die Nachricht hiervon erhielten wir erst durch die Presse.

2. Sollte dieses Schriftstück tatsächlich existieren, so kann es nur die Privatarbeit eines Mitgliedes darstellen. Die Partei ist nicht in der Lage, ihre etwa 800 000 Mitglieder zu überwachen, umso weniger als in letzter Zeit das Eintreten von Spitzeln und Provokateuren an Stärke zunimmt.

3. Es ist unmöglich, den so sehr gewünschten Zusammenhang zwischen dem Schriftstück und der offiziellen Partei herzustellen.

4. Dr. Schäfer, der die Meldung und Mitteilung gemacht hat, ist vor wenigen Wochen von der Sozialdemokratie zu uns gekojen, scheinbar also in der Absicht, hier Material zu sabrieren. Es ist festzustellen, daß die ganze Aktion zunächst vom preussischen Innenministerium ausgegangen ist, und daß die Polizei sich trampschhaft alle Mühe gibt, hier die Partei festzulegen. Sollten tatsächlich Parteimitglieder über staatliche Probleme Privatarbeiten in illegalem Sinne entworfen haben, so schließen sie sich damit gemäß der feinerzeitigen Verfügung von selbst aus der Partei aus. Die ganze Aktion steht nach bester marxistischer Spiegellarbeit aus. Die Partei wird in der Lage sein, hierfür den Beweis anzutreten.

Ich stelle nach wie vor ausdrücklich fest, daß die Parteileitung rückhaltlos zu der beschworenen Legalität steht, und daß auch nur in diesem Sinne bisher Verhandlungen bezüglich einer Regierungsbildung in Hessen unterhalten worden sind.

Täglich kann abonniert werden



daran verdient. Denn wir müssen schon wegen unseres Tributs, die Ausfuhr durch Verkaufspreise erzwingen, die erheblich unter denen unseres eigenen Marktes liegen.

Und nun noch einen Blick ins Ausland. Alles war erstaunt, daß der sowjetrussische Außenminister Litwinow am letzten Samstag dem polnischen Gesandten Patet in Moskau vorkam, die vor einigen Wochen unterbrochenen Verhandlungen über den geplanten Nichtangriffspakt wieder aufzunehmen. Moskau hat also über Roß seine Ansicht geändert. Auch fällt allgemein auf, daß die Sowjetunion die Japaner in ihr mandchurisches Einflußgebiet eindringen läßt. Moskau hat wohl gewarnt. Mehr aber nicht. Offenbar nehmen die Japaner russische Drohungen nicht ernst.

Alles dies ist nur erklärlich durch die Annahme, daß Moskau auf dem Tiefpunkt seiner Schwäche angelangt ist. Es muß die Leninischen Pläne von der Weltrevolution einwirken zurückstellen und sich außenpolitisch alle Zurückhaltung auferlegen. Es kann heute keine Zusammenstöße, weder im Osten noch im Westen, brauchen. Denn es hat genug im Innern zu tun. Nicht nur mit der Durchführung des Fünfjahresplans, mit dem die Industrialisierung dieses riesigen Agrarlandes in unnatürlichster Weise gewaltsam vorgetrieben wird, sondern auch mit der großen Not des Volkes. Wohl ist die russische Volkseele, wie keine andere, auf Leiden und Geduld eingestellt. Aber da und dort, dann und wann kocht es auch in ihr. Stalin hat Magerweise einer gefährlichen Katastrophe vorbeugen vermocht, indem er im Frühjahr dieses Jahres die Kommunistisierung der Kulaken (der selbständigen Bauern) abstoppte und die Gleichheit aller Böden wieder aufhob. Auch beginnt man bereits mit der Abschaffung der Fünfjahrwoche. W. H.

Die Flucht unter die Staatsfittiche

Berlin, 26. Nov. Auf der heutigen Tagung des wirtschaftspolitischen Gesamtschusses des Hanfverbands für Gewerbe, Handel und Industrie erklärte der Vorsitzende Dr. Fischer, in der Welt sehe man ein unermüdliches Schaffen der Politiker, die wirtschaftlichen Schranken zwischen den Nationen zu erhöhen und die Bindungen und Ordnungen der Wirtschaft im Innern zu erweitern. Das gegenwärtige Geschlecht versuche immer wieder, aus der freien Marktwirtschaft unter die Fittiche des Staats zu flüchten. So werde alles zur Befundung Notwendige immer wieder abgebrochen, alles, was fallen müsse, aufgehoben. Die freie Marktwirtschaft werde in ihr Gegenteil verkehrt. Gleichzeitig bringe das Vordringen des Staats unmittelbar oder mittelbar immer wieder aufs neue Folgen der Verdrängung hervor. Mit schwerster Sorge bemerke man, daß der Staat sich verpflichtet fühle, die wirtschaftlichen Folgen solcher wirtschaftlichen Fehler abzumildern.

Der neue Einigungsversuch des Rats

Paris, 26. Nov. Der Völkerbundsrat hat eine Entschließung veröffentlicht, in der die streitenden Parteien Japan und China an die Entschließung vom 30. September d. J. erinnert werden, durch die beide Parteien sich fester gebunden erklärt hätten. Demgemäß sollen die japanischen Truppen so schnell wie möglich auf die Eisen-

bahnlinie zurückgezogen werden. Den beiderseitigen Oberkommandierenden in der Mandchurei soll der Befehl erteilt werden, sich jeder Handlung zu enthalten, die neue Zwischenfälle heraufbeschwören könnte, ferner die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um jede Verschärfung der Lage zu verhindern. Geplant sei die Bildung eines Ausschusses, der „an Ort und Stelle“ die Lage prüfen und dem Rat Bericht erstatten solle über alle Anstände, die geeignet seien, den Frieden zwischen China und Japan zu bedrohen. In diesem Ausschuss sollen beide Mächte je einen Vertreter haben.

In Washington ist die Entschlieung günstig aufgenommen worden, denn sie bringe nach dem Muster der Ausgleichsverträge „moderne Methoden der Versöhnung“ zur Anwendung und „entlaste die Mitglieder des Rats von einer schwierigen Frage“.

Japans Vorbehalt

Paris, 26. Nov. „Leit Parisien“ will vom Auswärtigen Amt erfahren haben, die japanische Antwort auf den Entschlieungsentwurf des Völkerbundsrats laute günstig. Die Japaner verlangen jedoch eine Zulagebestimmung, die beide

Regierungen auffordere, ihre Oberkommandierenden anzuweisen, alles zu vermeiden, was die Lage verschärfen könnte. Die japanische Regierung wünsche genau festgelegt zu sehen, daß als „feindselige Handlungen“ nicht diejenigen angesehen würden, die unerlässlich seien, um die „berechtigte Verteidigung“ und den „Polizeidienst“ sicherzustellen.

Amerika wird ein nichtamtliches Mitglied in den Untersuchungsausschuss entsenden.

Rückwanderung von Elß-Lothringern

Paris, 26. Nov. Die französischen Zeitungen berichten aus Straßburg, die französischen Konsulate in Deutschland werden mit Gesuchen von Elß-Lothringern, die durch den Vertrag von Versailles zu französischen Staatsbürgern wurden, aber in Deutschland geblieben waren, überschwemmt. Etwa 15 000 Personen, die unter der Arbeitslosigkeit in Deutschland leiden, wünschen in ihre Heimat befreit zu werden. Die Deutschen verweigern ihnen jedoch als Ausländer die Beihilfe zu Reisekosten usw. Die Lage sei „sehr ernst“.

Württembergischer Landtag:

Rehraus

Stuttgart, 26. November.

Der Landtag hat heute das Württ. Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Eine längere Aussprache knüpfte sich dann an einen soz. Antrag, der die Verlängerung der Steuerfreiheit für Neubauwohnungen von fünf auf sieben Jahre mit rückwirkender Kraft auf 1. Januar 1931 vorschlägt.

Finanzminister Dr. Döhlinger wandte sich entschieden gegen den Entwurf, weil in den meisten Fällen nicht der geringste Anlaß zu einer Steuerermäßigung bestehe und weil sowohl der Städte- wie auch der Gemeindegeld im Interesse der Gemeindefinanzen dringend gebeten haben, die Verlängerung der Steuerfreiheit abzulehnen. Der Minister bezieht die den soz. Entwurf als den Ausdruck einer verantwortungslosen Opposition. Auch die Abgg. Dr. Mauche (Dem.), Dr. Häcker (BB.), Dr. Hölcher (BB.), Dr. Ströbel (BB.) sprachen sich gegen den Initiativgesetzentwurf aus, während sich die Abgg. Winkler (S.), Fischer (Komm.), Wergenthaler (RS.), Gengler und Andre (J.) für ihn ins Zeug legten. Abg. Bausch (CD.) beantragte, nur solchen Gebäudebesitzern, die sich in wirtschaftlicher Bedrängnis befinden, Steuerfreiheit bis zu sieben Jahren zu gewähren. Dieser Antrag wurde mit dem Entwurf an den Steueraussschuß überwiesen.

Die sehr strittige Frage der Errichtung einer neutralen Schiedsstelle wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Dann kamen noch Anträge des Zentrums und des Bauernbunds betr. die Ergreifung von Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Not sowie zum Schutz der Land- und der Waldwirtschaft zur Beratung. Diese Anträge, die erst dieser Tage im Finanzausschuß behandelt worden sind, wurden von den Abgg.

Rüchler (BB.) und Vins (J.) begründet. Während die Abgg. Weimer (S.) und Roth (Dem.) sie als „als Bekannte“ behandelten, erklärte Wirtschaftsmminister Dr. Mauche, im Ausschuss habe Einmütigkeit über die Notwendigkeit dieser Anträge bestanden. Der Minister trat hauptsächlich für den Schutz der Waldwirtschaft ein. Leider habe die Reichsregierung für alle Anträge und Vorstellungen auf diesem Gebiet wenig Verständnis gezeigt. Wenn es so weitergehe, komme man in der Holzfrage noch zu anarchischen Zuständen.

Abg. Kling (CD.) beantragte zur Hebung des Fleischverbrauchs die Zuweisung von Frischfleisch an die Erwerbslosen an Stelle des Gefrierfleischs. Abg. Albert Fischer (Komm.) kritisierte die Anträge als ein Mißtrauen der Antragsteller gegen die eigene Regierung. Es sprachen dann noch die Abgg. Bauer (BB.), Wergenthaler (RS.) und Hartmann (BB.), die ihre Zustimmung zu den Anträgen zum Ausdruck brachten. Diese wurden mit dem Antrag Kling angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt, und dem Präsidenten wurde die Ermächtigung erteilt, den Zeitpunkt der nächsten Sitzung selbst zu bestimmen. Vorwiegend wird der Landtag erst im Januar wieder zusammentreten.

Neue Notverordnung — Aufhebung der Oberämter Weßheim und Spaltingen

Nächsten Dienstag wird die Regierung ihre neue Notverordnung dem Finanzausschuß unterbreiten. In der Notverordnung soll auch die Frage einer Herabsetzung der Landtaggebühren geregelt werden, mit der sich der Landtag selbst nicht mehr befaßt hat. Die in der Presse bereits angekündigte Aufhebung der Oberämter Weßheim und Spaltingen dürfte in der Notverordnung ihre Verwirklichung finden.

Nagold.

Zwangsversteigerung

Am Samstag, den 28. November, nachm. 1 Uhr verkaufe ich gegen bar an den Meistbietenden:

- 1 Kredenz
1 Faß mit Roß
1 Siege
10 Pack Furniere.

Zusammenkunft auf der Ankerbrücke. Gerichtsvollzieherstelle Nagold.

Ratten und Mäuse tötet unschmerzhaft. Muriel. Apotheke Nagold.

Wer nicht infiziert kommt bei der Kundschaft in Vergessenheit.



Samstag Mehlsuppe im 1242 „Dahsen“ - Nagold



Bolks- und Haus-Kalender in großer Auswahl in der Buchhandlung Zaiser Nagold.

Morgen Samstag junges, fettes

Hammelfleisch

bei Metzger Gänfle.

Blütenweihen, billigen Blumenfohl Stück nur 20 Pfg. 3 Stück 55 Pfg. zarten Kopfsalat und frische Landeier



Die neuen ab 1. Juli 1931 gültigen Tabellen des

Lohnsteuer-Abzuges und der Krisen-Steuer

sind vorrätig bei Buchhandlung Zaiser



Sportleute!

Schützt Euch gegen Erkältungen der Atmungsorgane. Das bewährte Mittel bei Husten, Heiserkeit und Katarrh sind die seit Jahrzehnten berühmten



Zu haben in Apotheken, Drogerien u. wo Plakate sichtbar.

Löwenlichtspiele

Freitag und Samstag 8.15 Sonntag 2.30, 4.30, 8.15



Pat und Patachon

als Mode-Könige in 8 großen Akten

Persönliches Auftreten der beiden lustigen Wanderögel auf der Bühne mit ihren neuesten Schlogern.

Lachen ohne Ende. Eintrittspreise: M. — 80, 1.—, 1.20 Samstag 3 Uhr Schülervorstellung 30 S.

Alles für die Weihnachtsbäckerei

empfehlen LUGER feinstes 00 1244 Auszugsmehl

5 Pfund 1.40 10 Pfd. nur 2.70

feinstes Blütemehl 0 5 Pfund 1.30 10 Pfd. nur 2.50

sowie alle Backzutaten bef. preiswert 5% Rabatt

Belegenheitslauf!

Zwei schöne 1246 Zimmeröfen

bereits neu, einer email- liert, billig abgegeben

Adolf Breuning mech. Werkstätte Nagold.

Adventskranz- sländer von M. 1.20 an Kranzatrappen von 75 S an G. W. Zaiser, Nagold.

Advertisement for 'Ein unwirkliches Geschenk' (A fake gift) featuring 'Privat-Ordner' and 'Haushalt-Ordner' (household registers) available at 'Buchhandlung Zaiser, Nagold'.

Aus Stadt und Land

Nagold, den 27. November 1931.

Die Freundschaft und Liebe unter den Menschen darf nicht in eine feine Genüßlichkeit ausarten, sondern muß stets den beidseitigen inneren Fortschritt im Auge haben.

Dienstnachrichten.

Der Herr Staatspräsident hat je eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Dörlsheim im DL. Calw dem Lehrer Hermann Prümmer in Aberg DL. Ludwigshafen, Stuttgart-Zuffenhausen dem Hauptlehrer Hahn in Halberbach DL. Nagold unter gleichzeitiger Ernennung zum Rektor an der Rosenhofschule übertragen.

In höchst eigener Person

Sind Vat und Patashon von heute ab wieder einmal in Nagold in den „Löwenlichtspielen“, wo sie anlässlich der Aufführung eines ihrer Filme auftreten werden. Wieder Freundschaft die beiden Gebrüder zu spenden vermögen, ist ja zur Genüge bekannt. (Näheres siehe Anzeige).

Auf Wunsch

geben wir bekannt, daß in den lauen Herbsttagen ein Frühlingskind, ein Mailäfer, das Licht der Welt erblickt hat und nunmehr Einblick in die Redaktionsgeschäfte nimmt. Die Atmosphäre scheint ihm jedoch nicht ganz zu behagen, denn er torfelt auf dem Pult bedenklich hin und her. Ein

betäubend Kapitel, das Schicksal dieses unzeitgemäßen Erbenbürgers. Aus allem Heberlegen, was mit ihm anzufangen ist, schält sich die letzte Heberlegung: Wem soll er den Budel herunterkrabbeln?

Altensteig, 26. Nov. Petri Heil. In der Nagold konnte heute hier eine etwa dreipfüßige Forelle gefangen werden, die unseren Fischhütern schon lange ein Dorn im Auge war, da sie natürlich unter den jungen Fischen tüchtig auferäumt hat.

Calw, 26. Nov. Verkehrsunfall. Dienstag nachmittag fuhr auf der Staatsstraße Calw-Hirsau, beim Gulleuthaus, ein Stuttgarter und ein Schorndorfer Personauto mit erhöhter Fahrgeschwindigkeit aufeinander. Bei dem heftigen Aufprall wurden beide Wagen sehr stark beschädigt, so daß sie abgeschleppt werden mußten. Zum Glück ging es bei den Insassen mit leichteren Verletzungen ab.

Freudenstadt, 26. Nov. 60. Geburtstag. Stadtpfleger Köhler, geboren am 26. November 1871 in Sulzdorf bei Hall, feiert am heutigen Tag seinen 60. Geburtstag. Er ist der dienstälteste städtische Beamte, der seit 1. Juni 1895, also jetzt, seit 36 1/2 Jahren im Dienste der Stadtgemeinde steht.

bei Husten helfen **Carmol-Katarrh-Pastillen** **Stadtdrogerie R. Hollender**

Staatsanwalt gegen Gericht und Innenministerium

Wozu die Gesetzes-Schnellfabrikation führen kann

Friedrich der Große sagte einmal, daß nur wenige oder klare Gesetze zum Wohle eines Volkes dienen können. Wie wahr er damit gesprochen hat, beweisen die augenblicklichen Verhältnisse, in denen die kompetenten Behörden sich noch nicht einmal klar über die Auslegung der Gesetze sind.

Im vorliegenden Fall, der vor dem Amtsgericht Nagold unter Vorsitz von Amtsrichter Jech und Staatsanwalt Kellmann als Vertreter der Anklage ausgetragen wurde, handelt es sich um den § 10 Abs. 3 der Notverordnung vom 28. März 1931:

§ 10.

- (1) Plakate und Flugblätter, deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden.
- (2) Plakate und Flugblätter politischen Inhalts sind mindestens vierundzwanzig Stunden, ehe sie an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen angebracht, ausgestellt, verbreitet oder sonst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, der zuständigen Polizeibehörde zur Kenntnisnahme vorzulegen. Plakate und Flugblätter, die entgegen dieser Vorschrift der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden.
- (3) Die öffentliche Ankündigung politischer Versammlungen darf nur die zur Bekanntgabe der Versammlung erforderlichen sachlichen Angaben über Ort und Zeit der Versammlung, Veranstalter Teilnehmer, Redner, Vortragsgegenstand, Aussprache und Eintrittsgeld enthalten. Plakate und Flugblätter, in denen unter Verletzung dieser Vorschrift politische Versammlungen öffentlich angekündigt werden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden.

§ 11.

- (1) Wer Plakate und Flugblätter politischen Inhalts an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen anbringt, ausstellt, verbreitet oder sonst der Öffentlichkeit zugänglich macht, die nicht mindestens vierundzwanzig Stunden vorher der zuständigen Behörde zur Kenntnisnahme vorgelegt worden sind, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Ebenso wird bestraft, wer der Vorschrift des § 10 Absatz 3 zuwider politische Versammlungen öffentlich ankündigt.

Es war nun die Frage zu entscheiden: Bezieht sich dieser Paragraph auch auf Anzeigen in Zeitungen oder nur auf Flugblätter und Plakate. Der Angeklagte Philipp Böhner, Bezirksleiter der NSDAP, hatte anlässlich der Schulversammlung in Nagold im September ds. Js. einige Anzeigen im „Gesellschafter“ ausgegeben, die außer dem Versammlungsort, Zeit, Thema, Redner und Ein-

trittsgeld eine Erläuterung über die Person des Redners enthielt. Deswegen wurde gegen ihn als Verfasser dieser Schriftsätze und gegen Schriftleiter Köll als Sachbearbeiter seinerzeit ein Strafverfahren wegen eines Vergehens gegen die Notverordnung eingeleitet. Das Verfahren gegen K. wurde, da er unter dem Schutze des Pressegesetzes stand, fallen gelassen und lediglich das Verfahren gegen B. durchgeführt. B. bekam einen Strafzettel mit 150 Mark und ca. 20 Mark Unkosten, wogegen er unter Berufung auf eine Bekanntmachung des Innenministeriums, das diesen Paragraphen nur auf Plakate und Flugblätter bezogen haben will, gerichtliche Entscheidung beantragte.

Bei der geistigen Vernehmung betonte B., daß er vor Aufgabe des Textes sich mit Obersekretär Wagner auf dem Nagolder Rathaus besprochen habe. Nach dessen Meinung beziehe sich der Passus dieser Notverordnung nur auf Flugblätter und Plakate und bedeute ihm, er solle sich mit der Schriftleitung des „Gesellschafter“ in Verbindung setzen. Wenn es dort angenommen würde, so bestünde wohl ihre Ansicht zu Recht. Außerdem hätte ja das Oberamt als Justizorgan der Presse — vor Drucklegung der Zeitung geht ein Exemplar dorthin — die Möglichkeit des Einspruches. Von keiner Seite seien nun diese Anzeigen beanstandet worden, auch nicht vom Bürgermeisteramt als örtliche politische Polizei und ebenfalls nicht vom Stationskommando. Erst als ein Staatsanwalt durch Zufall einen solchen „Gesellschafter“ in die Hand bekam, wurde Strafanklage gestellt. Außerdem habe das württembergische Innenministerium durch den erwähnten im Oktober d. Js. herausgegebenen Schriftsatz auf seiner Seite. Man könne also von ihm nicht verlangen, daß er als Schreinermeister größere Kenntnisse besitze, als die aussichtsleitenden Behörden und selbst das Innenministerium.

Staatsanwalt Kellmann bedeutete nun in seiner Anklage, daß es sich hier um die Klärung einer rechtlichen Frage handle. Die Ausführungen des Innenministeriums, die ihm bisher noch nicht zugänglich seien, wären für ihn nicht maßgebend. Seines Erachtens nach würde sich die „öffentliche Ankündigung“ auch auf die Presse beziehen, ebenso wie z. B. auf Bekanntmachung durch das Radio. Der Gesetzgeber hätte wohl aus praktischen Erwägungen heraus Zeitungen nicht benannt, um sie wegen eines an und für sich nicht so schweren Vergehens vor der Beschlagnahme zu schützen. „Öffentliche Ankündigung“ seien Ankündigungen jeder Art. Obersekretär Wagner habe ihm außerdem seinen definitiven Bescheid gegeben und schließlich schätze Unkenntnis nicht vor Strafe. Er wolle aber in seinem Strafanklage unter dem bisherigen Strafmaß bleiben und beantrage eine Geldstrafe von 40 Mark. Er würde, so das Gericht den Angeklagten freispreche, Revision beim Oberlandesgericht einlegen, um eine grundsätzliche Klärung dieser Frage herbeizuführen.

Rechtsanwalt Kenz als Verteidiger verwahrte sich dagegen, daß ein deutscher Staatsbürger als Berufsadvokat für unklar abgefaßte Gesetze dienen solle. Es diene auch keineswegs der Autorität des Staates, welcher durch die Notverordnung geschützt werden soll, wenn die Behörden gegenseitlich eingestellt seien. In Zukunft würden also durch die Verfügung des Ministeriums, das seine Organe (Polizei etc.) angewiesen habe, keine Strafanzeige mehr in diesem Sinn zu stellen, diejenigen, die das gleiche angebliche Vergehen wie Böhner begangen haben sollen, nicht mehr unter Strafverfolgung gesetzt, während Böhner noch als letztes Opfer fallen solle — eine Ungerechtigkeit, die unmöglich sei.

Mit gutem Grund drohe die Notverordnung für Plakate und Flugblätter die Beschlagnahme und Einziehung an, nicht auch für Zeitungen; daraus ergebe sich, daß die Bestimmung über die Ankündigung von Versammlungen nicht für Zeitungen gelten solle. Die Vermutung des Herrn Staatsanwaltes, daß die Notverordnung aus wirtschaftlichen Gründen nicht ganze Zeitungen habe der Beschlagnahme verfallen lassen wollen, könne nicht überzeugen, da die heutige Gesetzgebung mit der Beschlagnahme von Zeitungen sehr freigebig sei. Er beantrage Freisprechung. Staatsanwalt Kellmann sieht in dem Verhalten B. auch keine Fahrlässigkeit vielmehr in gewissem Grade eine Vorsätzlichkeit, er habe den Zusatz an die Anzeigen gemacht, darüber mit verschiedenen Stellen gesprochen und die Anzeigen zur Zeitung gebracht. Es würde immer so sein, daß ein bestimmter Fall zur Klärung dienen müsse. Er halte seinen Strafantrag aufrecht.

Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an und verurteilte Freisprechung unter Uebnahme der Kosten auf die Staatskasse.

Für die Praxis ergibt sich aus diesem Fall folgende Unmöglichkeit: Anzeigen, die mehr enthalten, als in dem behandelten Paragraphen aufgeführt ist, haben die Genehmigung der politischen Ortspolizei, des Oberamts usw., bekommt aber ein Staatsanwalt zufällig eine solche Zeitung in die Hand, so wird er Strafantrag stellen. Was tun spricht Jesus?

Aus aller Welt

Verbot des Nationalsozialistischen Parlamentsdienstes. Der Berliner Polizeipräsident hat den Nationalsozialistischen Parlamentsdienst wegen Abdrucks einer von dem Abg. Rube im preussischen Landtag eingebrachten kleinen Anfrage über „noch immer bestehende Ausnahmestimmungen gegen die NSDAP.“ bis 24. Februar verboten. Die Veröffentlichung der Anfrage stelle, wie es in der Begründung heißt, den Versuch einer terroristischen Zersetzungsarbeit in der Beamtenschaft dar. Sie verfolge den Zweck, die mit dem Vollzug von Gesetzen und Notverordnungen beauftragten Beamten in ihrer Tätigkeit zu hemmen und zu hindern, indem ihnen Uebel angedroht und bei den Weisern des Artikels Wühlmännern und Feindschaftsgefühl gegen die Beamten erweckt werde.

Kostspieliger bürokratischer Betrieb. Bei der Beratung der Einsparungsmöglichkeiten im technischen Betrieb des preussischen Landtags wurde festgestellt, daß für Druckfachen des Landtags allein jährlich 90 000 Mark ausgegeben werden, wovon die Hälfte erpariert werden könnte, wenn auf unnötige Druckfachen verzichtet würde. Der Kassenrat wird darüber entscheiden.

Im Lohnstreit der nordbayerischen Textilindustrie wurde am 20. Nov. der Schiedsspruch gefällt. Dieser sieht eine Herabsetzung der Akkordlöhne und Akkordlöhne um 5 Proz. und eine unveränderte Fortdauer der Zeitlöhne vor. Diese Regelung soll mindestens bis 5. März 1932 bestehen bleiben.

Vom Sklarekprozeß. In der Verhandlung im Sklarekprozeß am Donnerstag verlas der Vorsitzende des OLG ein Sachverständigen, wonach sich der Gesundheitszustand Willy Sklareks verschlechtert hat, ohne daß allerdings seine Verhandlungsfähigkeit in Frage gestellt sei. Das Gericht beschloß, nur noch die Verhandlungstage in der Woche, und zwar Montags, Mittwochs und Freitags festzusetzen.

Kahnenellenbogen wieder in Haft. Auf die wiederholte Beschwerde der Staatsanwaltschaft hat das Kammergericht in Berlin beschloßen, daß der gegen eine Sicherheitsleistung von 100 000 Mark auf freien Fuß gesetzte Generaldirektor Ludwig Kahnenellenbogen von der Schultheiß-Bahnenhof-Brauerei wieder in Untersuchungshaft zu nehmen sei.

Ein Einbrecherhüpfing. In Schwerin wurde ein aus dem Gefängnis entlassener Einbrecher verhaftet, dem nicht weniger als 60 schwere Einbrüche in Mecklenburg zur Last gelegt werden.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Seit 50 Jahren steht in unveränderter Güte die **SABA** ohne **Matos** an der Spitze deutscher Qualitätsfabrikation. Schon diese Tatsache allein muß jeden Liebhaber von Goldmundstück-Zigaretten veranlassen, das neue Zwillingsprodukt, die **Matos** m/Gold dick oval einmal zu versuchen.

An dich

n

s

i

e

a

n

i

h

n

an alle



Der Weg zum Käufer ist schwieriger geworden. Nicht jede Werbung führt zum gewünschten Erfolg. Je zugeknöpfter die Taschen der Käufer, umso eindringlicher, nachhaltiger muß die Werbung sein. Eindringlicher werben heißt aber systematischer werben!

In wirtschaftlich guten Zeiten kommt es auf ein Experiment nicht an. Dann lassen sich schon einmal Wege gehen, von denen man nicht genau weiß, wohin sie führen. Wenn die zur Verfügung stehenden Gelder aber knapp werden, wenn auch das Konto „Werbung“ sich Abstriche gefallen lassen muß, dann sollte man auf Experimente irgendwelcher Art grundsätzlich verzichten. Im eigenen Interesse!

Jede Mark, die heute für die Kundenwerbung bereitgestellt und ausgegeben werden soll, muß Erfolge bringen. Jede Mark, in Werbemittel gesteckt, muß kaufanregend und umsatzfördernd wirken. Es gibt keinen Geschäftsmann, der sich den Luxus einer unproduktiven Werbung erlauben kann.

Somit gewinnt die Frage „Welches Werbemittel verheißt den besten Erfolg bei relativ kleinsten Kosten“ eine ganz eminente Bedeutung. Es ist nicht von ungefähr, daß sich die einsichtigen, erfahrenen Kaufleute gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten fast ausnahmslos der Zeitungsanzeige zuwenden.

Kein anderes Werbemittel vermag so gut auf die Menschen einzuwirken wie die Zeitungsanzeige. Die Gründe lassen sich leicht erklären.

Die Zeit ist angefüllt mit politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen! Träger der öffentlichen Meinung ist die Zeitung. Sie fesselt täglich ihre Leser aufs neue, sie ist gerade in dieser Zeit hochaktuell, stets interessant, von einer überraschenden Vielseitigkeit. Diese Besonderheit darf bei der Beurteilung der Zeitung als Mittlerin zwischen Angebot und Nachfrage nicht übersehen werden.

Auf der anderen Seite aber vermag die Zeitungsanzeige einen ganz anderen Kontakt herzustellen, als dies bei irgend einem anderen Werbemittel der Fall sein könnte. Jeder Leser — vor allem jede Leserin! — hat die Möglichkeit, in aller Ruhe sich nach den günstigsten Einkaufsgelegenheiten umzusehen. Die Leser wählen in ihrem Heim, was und wo sie kaufen wollen. Unbeeinträchtigt von dem Lärm der Straße, von dem Hasten außerhalb des Heims vermag die Zeitungsanzeige nachhaltig und eindringlich zu wirken.

Eine Werbung, die alle Vorbedingungen erfüllt, die alle Voraussetzungen schafft, um einen Erfolg zu gewährleisten, muß rationell, muß billig sein. Wer Umsatzrückgänge vermeiden will, wer sich und sein Unternehmen auch in schwierigen Zeiten behaupten will, der darf auf das beste Werbemittel nicht verzichten: Auf die Zeitungsanzeige.

Achtung!

Alle Wirte und Gasthofbesitzer, welche vom

Apparatebau Bohler & Cie., Ludwigsburg

einen Apparat gekauft haben, treffen sich am 30. Nov. 1931 in der „Stadt München“, Florzheim, Hofnerstr. zwecks wichtiger Besprechung.

Mehrere Wirte.

Geschäftseröffnung in Iselshausen

Der werten Einwohnerschaft von Iselshausen und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß wir mit heutigem Tage in unserem Neubau (gegenüber Café Weimer) eine auf das modernste eingerichtete

1241

Metzgerei



eröffnen. Es wird unser eifrigstes Bestreben sein, mit nur besten Fleisch- und Wurstwaren aufzuwarten.

Karl Lehre, Metzgermstr. mit Frau.

Zu Festgeschenken!



Gesangbücher

in großer Auswahl und zu jeder Preislage

Buchhandlung Zaiser, Nagold

Württemberg

Beamtenchaft und Rotverordnung

Stuttgart, 26. Nov. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, Landesauschuss Württemberg, hat in Gemeinschaft mit dem Afa-Bund und den beiden Spitzenorganisationen in Württemberg angeschlossenen Beamten- und Angestelltenverbänden dem württ. Staatsministerium in einer Eingabe eine Anzahl Forderungen unterbreitet, die auf eine Zurücknahme oder Milderung der Rotverordnung abzielen. Am 23. November fand zwischen dem Staatspräsidenten und Vertretern obiger Organisationen eine Besprechung statt. Nach den Erklärungen des Staatspräsidenten kommt eine Zurücknahme der Rotverordnung nicht in Betracht, ebensowenig ihre derzeitige Abänderung. Er stellt lediglich in Aussicht, daß bei einer weiteren, die Gehaltsverhältnisse der Beamten und Angestellten berührenden Reichsnotverordnung die durch die württ. Rotverordnung vorgenommenen Gehaltsstürzungen in Anrechnung gebracht würden. Hierbei könne auch erwogen werden, inwieweit die in der Eingabe geforderte Gehaltsstaffelung unter Festlegung einer höheren Freigrenze in Anwendung zu bringen sei. Die Rotverordnungspraxis wurde von ihm damit verteidigt, daß die damit verbundenen Härten unvermeidbar seien und das deutsche Volk nicht darüber hinauskomme, sich noch spärlicher einzurichten als bisher und bei geringerem Einkommen mehr zu arbeiten.

Zur Frage der Pensionstürzungen

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In der „Tübinger Chronik“ vom 21. d. M. schildert ein im Jahr 1916 pensionierter Beamter — vermutlich der alte Gen.-Or. IV — seine Pensionserhöhungen. Sein Ruhegehalt bei 40 Dienstjahren habe jährlich 2400 RM. betragen und sei ab 1. Okt. d. J. infolge der Kürzungsvorschriften des Reichs und Landes auf monatlich 168 RM., d. h. um 16 d. H. herabgesetzt worden. Er werde nun ab 1. Jan. 1932 infolge der neuesten Reichsvorschriften auf monatlich 155 RM., d. h. um weitere 8 1/2 Proz. sinken. Das gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß diese Annahme unzutreffend ist. Denn das Staatsministerium hat auf Antrag des Finanzministers beschlossen und Weisung gegeben, daß neben der neuesten Reichskürzung die besondere württ. Kürzung nur noch insoweit fortbestehen solle, als sie das Maß der Reichskürzung etwa übersteigen sollte. Die Berechnung ergibt, daß hiernach in einem Fall wie dem obengenannten die württ. Kürzung so gut wie gar nicht mehr fühlbar sein wird. Die Pension wird sich, soweit sie ohne nähere Angaben geprüft werden kann, ab 1. Jan. 1932 nur etwa um 50 Pfsg. monatlich verändern. Die gesamte Kürzung wird also in solchen Fällen nach wie vor bei rund 16 d. H. verbleiben.

Stuttgart, 26. November.

Nachmals Staatsfinanzen und Württ. Beamtenchaft. Vom Württ. Beamtenbund erhalten wir eine Zuschrift, die sich gegen die in den letzten Tagen der Presse übergebenen Erklärungen des württ. Finanzministeriums wendet. Der Beamtenbund behauptet, das Finanzministerium gehe um den Kern der Sache herum, nämlich um die Beantwortung der Frage, ob und wann die über die Grundsätze des Reichs hinausgehende, die württ. Beamtenchaft empfindende Sonderbelastung beseitigt werden solle. Nachdem auf diese Frage keine befriedigende Antwort erteilt wurde, habe sich der Beamtenbund an den württ. Landtag gewandt. Es gäbe eine große Anzahl von Beamten, die namentlich neben den feibeherrigen Reichskürzungen mit Sonderkürzungen zwischen 20 und 30 Prozent belastet seien. Tatsächlich hätten fast alle Länder die Aufzählungssperre entweder nicht eingeführt oder wieder aufgehoben. Nirgends bestähe die in Württemberg vorgenommene Verschlechterung bei den Dienstwohnungsinhabern, und nur in vier kleinen Ländern eine auch dort noch nicht so schwere Belastung der ledigen Beamten.

Nationale Volksgemeinschaft. Am 21. November fand in Stuttgart eine Mitarbeitertagung der Nationalen Volksgemeinschaft statt, der bekanntlich Kultminister Dr. B a z i l l e

angehört. In eingehender Ansprache wurden die vom Ausschuss für die Stuttgarter Gemeindefürsorge getroffenen und ebenso für die Zukunft vorgesehenen Maßnahmen gutgeheißen.

Die Stuttgarter Weihnachtsmesse 1931 beginnt am Donnerstag, 17. Dezember und dauert bis Donnerstag, 24. Dezember, nachmittags 4 Uhr. Die offenen Verkaufsplätze werden am Mittwoch, 16. Dezember, zugeteilt. Den Spezialisten können aus Vertriebsgründen und wegen Platzmangel keine Plätze zugesichert werden. Obst, Südfrüchten und Wurstverkäufler werden nur in der Markthalle zugelassen. Die Weihnachtsmesse, beschränkt auf 3 Tage, findet vom 17. bis 19. Dezember in der Gewerbehalle statt.

Die Elisabeth-Gedächtnis-Ausstellung im Schlossmuseum (Neues Schloss, Eingang unter der Krone) muß am 1. Dezember geschlossen werden, ebenso die Volkskunst-Ausstellung. Anschließend wird eine Weihnachts-Ausstellung, Kruppen und Puppen, vorbereitet, die am 10. Dezember eröffnet werden soll.

Gasvergiftung. Bei dem Tod eines älteren Familienvaters in Verz handelt es sich um einen Unglücksfall. Die Untersuchung hat ergeben, daß ein Rohr der Gasleitung nicht in Ordnung war. Das austretende Gas hatte den Tod des Mannes und die schwere Verblüdung der Frau zur Folge. Die Berufsärzte erhielten noch am Montag vormittag den Besuch ihrer beiden Enkelkinder, denen gegenüber sie sich über Kopfweh beklagten. Von diesem Zeitpunkt an hat keines der beiden Ehegatten mehr die Wohnung verlassen.

Vom Tode. Am 24. November abends wurde in Mühlhausen a. N. eine unbekannte weibliche Leiche aus dem Riedar gelandet, die nur ganz kurze Zeit im Wasser gelegen haben kann. Es handelt sich zweifellos um Frosttod. Die Persönlichkeit der Toten konnte bis jetzt nicht festgestellt werden. Sie ist etwa 50 Jahre alt und trug einen Ehering mit der Gravierung „P. F. 19. Mai 00“ — Am 25. November abends erlitt auf dem Charlottenbach ein 47 J. alter Mann einen Herzschlag.

Aus dem Lande

Königs O. Eblingen, 26. Nov. Brand. Heute früh brach im Haus von Alfred Fröh in der Scheuer Feuer aus. Scheuer und Dachstuhl sind vollständig ausgebrannt, während die Wohnräume gerettet werden konnten. Es ist dies seit Jahrzehnten der erste größere Brandfall.

Hirrlingen O. Rottenburg, 26. Nov. Brand. In der Nacht auf Mittwoch brannte das Anwesen des Händlers Hubertus Maurer bis auf den Grund nieder. Vom Mobiliar konnte fast nichts, das Vieh dagegen bis auf zwei fette Schweine gerettet werden. Der Abgebrannte erleidet großen Schaden.

Göppingen, 26. Nov. Schutz dem Handwerk. Bestlern nachmittags versuchten wieder fremde, mit Lastwagen vordringende Chokoladengroßhändler in verschiedenen Stadtteilen ihre Ware zu Scheuderpressen abzulegen. Auf Grund früher schon gemachter Erfahrungen, und weil es sich um schlecht gearbeitete Stücke handelte, griff die Polizei ein, nahm eine Untersuchung vor und verbot den Verkauf wegen unzulässiger Wettbewerbs.

Schadliebstahl. Aus einem am Fuhweg nach Wangen gelegenen Schopferch eines Landwirts in Jaurndau wurden dieser Tage nachts mehrere wertvolle Tiere entwendet.

Am 26. Nov. Belohnte Ehrlichkeit. Einem Ulmer Wärgler war auf dem Wege zum Bahnhof in der Zeitblomstraße beim Hantieren mit Paketen ein Bündel Zwanzigmarkscheine aus dem Posteingangsbuch, das er unter dem Arm trug, entfallen. Ein junger Mensch, der von der Herberge herauskam, fand den Betrag, sprang dem Verkäufer nach und handigte ihm das Geld aus. Der Herr war so erfreut, daß er dem Wanderburschen Arbeit im eigenen Betrieb versprach.

Preis, die Sie nie gehört haben **PERSER HOPF-STUTT GART** Neckarts, 6/31

Tübingen, 26. Nov. Heiratschwindler. Der 45-jährige Elektromonteur Heinrich Schweizer von Oberhausen stand wegen nicht weniger als 18 Betrügereien vor dem diesigen erweiterten Schöffengericht. Unter diesen 18 Fällen befinden sich 4 Heiratschwindereien, die er an verschiedenen Orten begangen hat. Das Gericht verurteilte ihn zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

Wilderstein O. Crailsheim, 26. Nov. Der Fuchs als Hühnerdieb. Nachts stahlte ein Fuchs dem Hühnerhof des Landwirts G. B. einen Besuch ab und machte sieben schönen Hennen den Garaus. Fünf der Tiere verschleppte Meister Keimel nach seinem Bau.

Tigerfeld O. Münsingen, 26. Nov. Schlechter kann's nimmer gehen! Kam da zu einem hiesigen Landwirt ein Mehger und bot ihm für ein Saugfild (75 bis 80 Pfund schwer) 6 Mark. Nachdem noch drei oder vier Händler kamen, wurde es schließlich für 13.50 Mark von einem Wirt gekauft. Ob da etwas verdient ist? Vom Landwirt sicher nicht.

Reutlingen, 26. Nov. Vom Technikum für Textilindustrie. Im Wintersemester werden am Staatl. Technikum für Textilindustrie Reutlingen die Kurse von 300 Fachschülern und 16 Hochschülern besucht. Von den abgegangenen jungen Textiltechnikern ist trotz der gedrückten Geschäftslage immerhin schon ein beträchtlicher Teil in Stellungen untergekommen. Während des Winters werden in sämtlichen Abteilungen Fortbildungskurse für erwerbslose Textilarbeiter von je 6 Wochen und durchschnittlich 8 Wochenstunden veranstaltet, die zur Zeit von 80 Arbeitlosen besucht werden.

Welzheim, 26. Nov. 20 Jahre Nebenbahn Scharndorf—Welzheim. Am 25. November 1911, also vor jetzt zwanzig Jahren, ist die 12,92 Kilometer lange Reststrecke Rudersberg—Welzheim der normalspurigen Nebenbahn Scharndorf—Welzheim in Betrieb genommen worden. Die 1 1/2 Welzheimer Bahd erschliefende Bahn brachte Welzheim als letzter württembergischer Oberamtsstadt Bahnanschluss. Die erste Teilstrecke Scharndorf—Rudersberg (9,91 Km.) war schon am 28. November 1908 eröffnet worden; der Fortbau der Bahn hatte sich durch Schwierigkeiten des Geländes und Erdrutsch stark verzögert.

Schorndorf O. Rudersburg, 26. Nov. Einbruchdiebstahl. Bei einem Salinenarbeiter, der letzten Sonntag mit seiner Frau verreist war, wurde eingebrochen. Der Fensterladen wurde mit Gewalt aufgerissen und die Fenster Scheiben eingedrückt. Der Dieb hatte sich beim Eindringen der Scheiben an den Händen verletzt, denn die Wäschestücke, die er durchstößerte, waren alle mit Blut beschmieret. Eine geringe Summe fiel ihm in die Hände. Den Jagtag des Arbeiters, der auch im Haus lag, hat der Gauner nicht gefunden.

Drybach O. Künzelsau, 26. Nov. Zwei Scheunen abgebrannt. Dienstag mittag brach im Anwesen des Maurermeisters H. Burgert Feuer aus, das sehr rasch auch auf die Scheune des Landwirts Wunderlich übergriff. Beide Scheunen, in denen viel Frucht lagerte und Gerätschaften aufbewahrt waren, brannten nieder.

Mülingen O. Maulbronn, 26. Nov. Schwere Motorradunfall. Der 20 Jahre alte Sohn des Zimmermeisters Kälber von Mülingen stieß auf der Straße Mülingen—Mülingen bei etwas nebligem Wetter mit seinem Motorrad auf einen entgegenkommenden Lastkraftwagen. Der Motorradfahrer wurde am Kopf sehr schwer verletzt und bewußtlos ins Bezirkskrankenhaus Mülingen verbracht. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Vom Bodensee, 26. Nov. Beim Schmuggeln schwer verletzt. Wie erst jetzt bekannt wird, hat ein österreichischer Zollwachbeamter am 20. November gegen Mitternacht auf der Eisenbahnbrücke bei Luttenau in der Nähe von Bregenz zwei Männer angetroffen, die mit einem Saak von der Schweizer Seite über die Brücke gingen. Die Männer warfen auf den Anruf des Beamten den Saak, der 70 Kg. Zuber enthielt, weg und kletterten über die Brücke zurück. Da sie trotz wiederholten Anrufs nicht stehen blieben, schoß der Beamte nach ihnen. Der eine von ihnen, ein junger Bursche aus Luttenau, wurde durch einen Bauchhieb lebensgefährlich verletzt.

Faust über Danzig

Roman von Leontine v. Winterfeld-Platen

(Nachdruck verboten)

47. Fortsetzung.

Als wenn über einem knorrigen, einjamen Baume, der immer und immer im Schatten gestanden — als wenn über solchem plötzlich die Wolken zerrissen und ein großes Licht voll Wärme auf ihn niederschien, daß all seine Säfte zu strömen begannen und Knospen zeitigte, wo sonst nur kahles Geäst gewesen.

Und diese Sonne war nicht erloschen in seiner Seele und hatte ihn begleitet, wo er ging und stand. Den ganzen, langen, einjamen Winter hindurch, als er mit seiner Kogge durch die graue, salzige See fuhr und er gen Kopenhagen kreuzte. O, was hatte er geträumt — geträumt von dem Wiedersehen!

Und dann war es so geworden!

Alles so fern — so fäh — so stolz.
Und seine braunen, harten Seemannsfäuste, die jetzt am Schwertgurt lagen, zitterten doch nach ihr in Sehnsucht und großer Not.

Ob sie schon in Leba war?

Dann würde er vor ihren Vater treten, indes Schamröte sein Gesicht überflamte, und würde sagen:

„Ich gebe Euch Euer Wort zurück, Guntram Borde, denn ich bin Euer Tochter nimmer wert. Denn ich habe gespielt mit ihrer Ehre und sie auf einen Monat einem anderen gelassen. Und nun ist ihr das Beldelehaus zum Greuel und Schrecken geworden und sie ist geflohen daraus in Nacht und Not!“

Klaus Beldele geht ans Fenster und sieht nach der Sonne.

Sie ist am Sinken und er wird nun bald reiten können. Denn es muß Abend sein, wenn er die Stadt verläßt, sonst kommt er nicht heil durch die Späher.

Er steigt die breite Eidentreppe nach unten. Ueber den Pochhof will er zum Pferdellaß, um selber sein Kopf

zu jatteln. In den Hof wirft die Abendsonne ihre letzten goldenen Strahlen.

Wieder geht ein leuchtender Frühlingstag milde zur Ruhe. Und die Amiel am Dachstuhl singt ihn flötend in Schlaf. Der Fliederbusch an der Mauer ist voll erblüht und strömt wunderbare Düfte in den linden Abend.

It da draußen in den Sumpfen und Wäldern wirklich Krieg und Verfolgung und bitterstes Sterben von Freund und Feind? Ein fernes Zerstören von dem, was Gott geschaffen und in Herrlichkeit aufgebaut?

Er löst die Stalltür weit auf, daß die letzten Abendstrahlen auch hier voll hereinströmen können. An ihren Rufen stehen die Pferde und schnobern im Häffel.

Klaus Beldele geht die Stallgasse entlang, um seinen Kappen zu säumen.

Denn die Knechte sind alle draußen an den Stadtmauern und tun Dienst mit den Söldnern. Zwei liegen schwer verwundet im Artushof von dem mißglückten Dirshauer Ueberfall vor drei Tagen. Als er zu seinem Kappen in den Stand biegen will, ruft Klaus Beldele:

Denn sein Blick ist auf die Futterliste gefallen am Ende des Ganges.

Kniel da ein Fremder im Dämmer des Ganges und hat den Kopf in beide Hände vergraben.

Klaus Beldele ruft ihn herrlich an:

„Heba, wer bist du? Und was tust du dort?“

Hoch schnellert der andere und stellt steil und lertzengerade an der weißen Kalkwand, und sieht mit großen, ungläubigen Augen zu Klaus Beldele herüber.

Und sagt mit Stimme, in der ein Tauchen ohne alle Magen ist:

„So bist du wirklich da, Klaus Beldele?“

Und er greift sich an seinen Helm, greift in den Schwertgurt, als müsse alles zerreißen, und steht dann wie gebannt — als hätte er eine Vision.

Dann streckte er die Arme — aber ohne einen Schritt vorwärts zu tun —, als fürchte er, sie zu berühren.

„Antje!“

„O Gott im Himmel — Antje!“

Sie läßt sich langsam aus ihrer Erstarrung und in ihrem weißen Gesicht ist ein Leuchten. So kommt sie auf ihn zu und hebt ihre Hände.

„O, daß du da bist, Klaus Beldele. Ich habe dich so sehr gesucht!“

Er tastete nach einem Halt.

„Du hast mich gesucht, Antje? Du bist nicht nach Leba geflohen, weil du ein Grauen hattest vor dem Beldelehaus?“

„Einen bitteren Zorn auf mich?“

„Du steht sie dicht vor ihm.“

Hebt ihre schmalen Hände hoch zu seinem Gesicht und fährt mit großer Zartheit über seine braune Wangen.

„Ich war töricht, Klaus, vergib mir! Und ich habe so schwer gelitten, weil ich dich von mir ließ in Zorn und Stolz. Da bin ich vergangene Nacht gen Dirschau aufgelaufen, um dich zu suchen, weil ich dich in Not wählte oder schwer verwundet in Einsamkeit. Und weil ich deine Spur nimmer finden konnte, bin ich vor einer Stunde wieder heimgekehrt und traute mich nicht ins Haus.“

Klaus Beldele fühlte ihre Lippen, süßen Hände an seinen Wangen. Sekundenlang muß er die Augen schließen.

Dann tasten seine großen, braunen Fäuste nach ihr hin. So zart — so weich. Und er hebt sie hoch.

Hebt Antje Borde hoch an sein Herz und schließt die eisernen Arme um sie.

„Antje — töte, töte Antje! Mich hast du suchen wollen in Not und Graus? Um mich bist du gegangen wie ein armer Bettelhub durch Nacht und Wind? Um mich hast du gefort und hast den Tod nicht gescheut und den grimmen Feind?“

Er lacht und weint. Und in seiner tiefen Stimme ist ein Jittern.

Auf die Futterliste setzt er sich — aber er läßt sie nicht aus seinem Arm. Die Bubenlapp streift er ihr vom Scheitel, daß die rehbraunen, gelbsten Haare sie umfluten wie ein Mantel. Und dann biegt er ihren Kopf zurück mit linker Hand und preßt seine durstigen Lippen auf ihre süßen, süßen Lippen. Sie hat beide Arme um seinen Hals gelegt und in ihrem weißen Gesichtlein blüht es wie von jäh erschlossenen Rosen. Sie haben Zeit und Ewigkeit vergessen.

(Fortsetzung folgt.)

(* Dieser mit so großer Spannung geleitete Roman ist nun auch in Buchform erschienen und zu 5 Mark, schon in rot Leinen gebunden, in der Buchhandlung Jaisler-Regold vorräthig.)

Geiselsheim, 26. Nov. Brandfall. Dienstag abend brannte die geräumige Scheuer mit Hühnerhaus des Landwirts Bieg bis auf die Grundmauern nieder.

Vorsicht bei Bestellung von Bevollmächtigten für ausländische Erbschaften. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Beim Anfall ausländischer, insbesondere amerikanischer, Erbschaften wenden sich vielfach ausländische Firmen an die deutschen Erbverwalter, um von ihnen zur Eingliederung des Nachlasses bevollmächtigt zu werden.

Handel und Verkehr

Die Verteilung der Reichsbahnaufträge

Im Anschluß an die Mitteilungen über die Verwaltungstratung der Reichsbahn wird noch die genauere Verteilung der 250 Mill. Reichsbahnaufträge bekanntgegeben. Was zunächst die Verwendung bei der Reichsbahn betrifft, so entfallen auf Oberbau (Schienen, Kleinbahnwagen, Schwellen, Steinschotter) 80 Mill. RM.

Unrentabilität des Weinbaus im Jahr 1931

Dem Weinbau, dem Organ des Württ. Weinbauvereins, entnehmen wir folgendes: Das Herbstgeschäft ließ sich im allgemeinen besser an, als man erwartet hatte. Schlag einerseits die Erntemenge zurück, so ergaben sich andererseits, insbesondere bei den Spätlese, recht beachtliche Kostgewinne.

Nachfolgend eine Zusammenstellung der Weinpreise, wie sie sich aus den Berichten der Vertrauensmänner ergibt: Lauberggrund bei Markelsheim 45-52, Weilerohrheim 50-55, Vorchdorf 32-40, Kochertal bei Angelfingen 43-52, Jagsttal bei Jagsthausen 40-42, Neckarflämler Gegend 35-55, Dehringer Gegend 37 bis 54, Weinsberger Tal 45-57, Heilbronner Gegend 45-60, Zabergäu 35-47, Schorndorf 43-57, Bollmaringen 40-60, Mundelsheimer und Biehlheimer Gegend 40-75, Mundelsheimer Riedberg Tröllinger 80-90, südliches Stromberggebiet und Enzstal 47-67, Neuenburger Amt 40-55, Tamme- und Wipfberger Gegend 40, Remstal 52-65, Stuttgarter Gegend 60-88, Ehlinger Gegend 53-67, Remstal bei Reihingen 35-40, Neulingen 50, Bobenfezenand 39 RM.

Woll, Vorkauf, in der Wehringer und Bobenfezenand die höchsten im Remstal, in der Stuttgarter und Ehlinger Gegend. In Herfchaftsgütern erzielten einige Spitzenpreise die Höhe von 120-150 RM. Der Landesdurchschnitts-Hektolterpreis dürfte 45 RM nicht übersteigen (31,6 RM im Jahre 1930). Die Ausschankpreise des Neuen schwanken je nach Güte und Herkunft zwischen 20 und 40 Tg. für das Vierteliter.

Weitere Einfuhrbeschränkungen in England

Der Londoner „Times“ zufolge beabsichtigt die englische Regierung, noch vor Weihnachten in beiden Häusern des Parlaments eine Vorlage zur Annahme zu bringen, die die Einfuhr von Gemüsen, Obst und Blumen, soweit sie den Charakter von Luxuswaren tragen, unter bestimmten Voraussetzungen einschränken soll.

Folgen der englischen Zollerhöhung

Die Spiritusfirma Hermann Baldus in Friedrichstal im Bergischen Land, der bisher am besten beschäftigte Betrieb im Bezirk, hat sich infolge der englischen Zollerhöhungen genötigt gesehen, umfangreiche Entlassungen vorzunehmen und für den Rest der Belegschaft die 24stündige Arbeitswoche einzuführen.

Auch in den Zahn- und Spiralfabrikfabriken im Bezirk Egelstirchen mußte teilweise bereits die Arbeitszeit eingeschränkt werden. Andererseits hat es die Aufgabe der britischen Goldwährung und die Zollerhöhung der englischen Firma George H. Ramerence in Sheffield ermöglicht, bei einem heftigen Wettbewerb die deutschen Firmen, die bisher die Hauptlieferanten waren, zu unterbieten.

10 000 kg. Waren durch Flugzeug. Vom letzten Samstag bis Dienstag Nachmittag 3.30 Uhr, wo die Einfuhrgüter vor dem englischen Zollamt zum alten Zolltarif deklarieren sein mußten, hat die Luftlinie rechtzeitig 10 000 kg. deutsche Waren nach England befördert.

Berliner Pfundkurs, 26. Nov. 15,18 G., 15,27 M. Berliner Dollarkurs, 26. Nov. 4,209 G., 4,217 M. Preisindex 8 v. J. kurz und lang.

Verbesserte Glühlampen. Die Philips-Glühlampen-Werke in Eindhoven teilen mit, daß Versuche mit der Erzeugung neuer Glühlampen mit vielfach gesteigerter Leistungsfähigkeit geglückt seien.

Eingung Telefunken-Philips. Zwischen den beiden größten europäischen Gesellschaften auf dem Radiogebiet, Telefunken Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H. Berlin, und R. S. Philips Glühlampenfabriken, Eindhoven, sind Vereinbarungen getroffen worden, die eine enge Zusammenarbeit, besonders in bezug auf die technische Entwicklung anstreben.

Die English-Berliner Delgesellschaft, an der das britische Schahamt mit 7,5 Mill. Pfd. Sterling beteiligt ist, kann für das Geschäftsjahr 1931 auf das gesamte Stammkapital von 12,48 Mill. Pfund Sterling erstmals eine Zwischendividende ausschütten.

Konurse: Katharine Kleindienst, Kolonialwarenhandlung in Heilbronn. - Karl Hadenauer in Weiltingen Oß. Ringelmann. - Hermann Kiesel, Landwirt und Drechslermaschinenbesitzer in Weiltingen. - Anton Baur, Dauerkäsefabrik in Weilerohr. - Max Biehl, Baugeschäft in Heilbronn Oß. Waldlee. - Albert Hirsch, Samenhandlung in Ulm. - Richard Racht, Architekt, früher in Weiltingen, jetzt in Stuttgart. - Hans Freyberger, Sattler und Handlung in Rottenacker Oß. Ebingen.

Vergleichsverfahren: Fa. Hohenleichenant-WG, in Dörflingen. - Roman Streich, Delikatessengeschäft in Ebingen. - Fa. Walter, Elektropulverfabrik in Schwemlingen. - Fa. Spinnerei und Weberei Wanne in Wanne. - Fa. Graphische Werkstätten Pöckel u. Klein in Stuttgart. - Eugen Zahn, Kaufmann in Oberndorf a. N.

Zahlungseinstellung der Bank J. G. Schulz, Stuttgart. Das Bankgeschäft Friedr. G. Schulz sen. Stuttgart hat unter dem Druck der Verhältnisse am Mittwoch seine Zahlungen eingestellt. Die Schwäbische Treuhandgesellschaft Stuttgart ist mit der Feststellung der Vermögensverhältnisse und mit der Vorbereitung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens, sowie mit der Führung der Vergleichsverhandlungen mit den Gläubigern beauftragt worden.

Kein Streit bei Daimler-Benz in Sindelfingen. Wie die Direktion der Daimler-Benz-Werke in Sindelfingen mitteilt, entspricht die Meldung der „Eld. Arbeiterzeitung“ über einen Streit nicht den Tatsachen. Infolge des Schiedspruchs in der Metallindustrie haben sich seitens der Belegschaft in Sindelfingen noch Wünsche ergeben, über die Mittwoch nachmittag verhandelt worden ist. Der Arbeiterrat habe sich lediglich den Vorbehalt der Abstimmung für Donnerstag vormittag gemacht. Nach Lage der Sache aber sei keine Lage gegeben, die auf einen Streit hindeute.

Schiedspruch für den Ruhrbergbau. Am 26. November wurde durch die Schlichterkammer in Essen mit den Stimmen der Arbeitnehmer ein Schiedspruch gefällt, wonach das bestehende Lohnabkommen bis zum 31. Dezember 1931 verlängert wird. Der Spruch kann erstmalig am 1. Dezember zum 31. Dezember gekündigt werden. Von Arbeitnehmerseite wurden Bedenken gegen die kurzfristige Verlängerung erhoben, weil dann die nächsten Verhandlungen vor Weihnachten stattfinden müßten und dadurch eine neue Beurlaubung in das Revier hineingebbracht würde. Die Arbeitgeber haben den Schiedspruch abgelehnt.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 26. November. Dem heutigen Markt in Stuttgart Schlacht- und Schlachtvieh wurden zugeführt: 1 Ochse, 2 Bullen, 9 Jungbullen, 86 Rinder, 63 Rinder, 243 Kälber, 388 Schweine und 23 Schafe. Davon blieben unerkauft 4 Rinder. Verlauf des Marktes: Großvieh schleppend, Kälber mäßig, Fleischschweine gesucht, sonst langsam.

Table with market prices for various goods like Cattle, Pigs, and Sheep. Columns include item names and prices in different units.

Schweinepreise. Biberach: Käufer 22. Milchschweine 9-14. - Niederfließen: Milchschweine 9-14. - Spaldingen: Milchschweine 7-12. - Wangen I. u. II. Ferkel 8-14. - Weilerohr: Milchschweine 8-12 RM.

Fruchtpreise. Biberach: Weizen 11-12,30, Gerste 7,80-8,30, Hafer 7-7,60, Rern 13-13,40, Weizen 8,80-9, Roggen 10-11. - Wangen I. u. II.: Hafer 9-10, Gerste 10-11, Roggen 11, Weizen 11,50 RM.

Stuttgarter Mehlmarkt auf dem Wühlwiesplatz, 26. Nov. Zufuhr 200 Ztr., Preis 3,40-3,50 RM. für 1 Ztr.

Gefährdung der Kraftpostlinie Wangen - Tettnang. Der Bezirksrat Tettnang hat beschlossen, den Vertrag betreffend die Kraftpostlinie Wangen - Tettnang zu kündigen, da der zu zahlende Zuschuß nicht weiter tragbar ist; er betrug in den letzten drei Monaten (Juli bis September) 2027 RM. und nach Verwendung eines Ueberzuschusses der Ravensburger Linie netto 1946 RM.

Das Wetter

Dem Hochdruck im Osten steht immer noch die Depression im Westen gegenüber. Für Samstag und Sonntag ist unbeständiges Wetter zu erwarten.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Samstag, 28. November: 8.15: Zeitungsabe. Wetterbericht, Gesamtziff. 7.10: Wetterbericht. 10.00: Schallplatten. 11.00-11.15: Nachrichten. 12.00: Wetterbericht. 12.05: Funkenverkehrsbericht. 12.35: Schallplattenkonzert. 13.30: Nachrichten. Wetterbericht. Schallplattenkonzert. 13.35: Stunde der Jugend. 16.30: Schallplatten. 17.05: Sonnet. 18.30: Zeitungsabe. 18.40: Der Kaufmannsbesuch von heute: Freiwortersucht und Kaufmannsbesuch. 19.00: Spanischer Sprachunterricht. 19.30: Zeitungsabe, Wetterbericht, Sportbericht. 19.45: Funkenbericht für alle. 20.00: „Reinlein sucht Aufbruch“. 22.30: Wetterbericht, Nachrichten. 22.40-24.00: Tanzmusik. 0.30-1.30: Lieber den Kurzweilenden Köstlichkeitenbesuch: Nachklang des Wendling-Quartetts.

Advertisement for 'Die Geschichte der Stadt Nagold' by G. Dieterle. Text describes the book's content and availability.

Advertisement for a 4-room apartment for rent in the center of the city, starting January 1st.

Advertisement for Soennecken Umleg-Kalender, a commemorative calendar for the writing desk.

Advertisement for Mustator animal feed products, including various types of hay and straw.

Large advertisement for 'Die Nachricht: Das Webwaren-Reste-Eck' featuring a total sale of web goods.

Advertisement for window decorations and Christmas paper from G.W. Zaiser.